

# BILDUNG, AUSBILDUNG, ARBEIT FÜR ALLE!

## Wie können wir das erreichen?

In den letzten Monaten hat es schon Proteste von SchülerInnen, Studierenden und Auszubildenden gegeben. Doch vereinzelte Demos und Streiks allein genügen nicht.

Trotz allem entwerfen die Damen und Herren Politiker weiter Utopien, wie sie das ganze Bildungssystem billiger und elitärer machen können. Trotz allem übernehmen Betriebe nicht und streichen weitere Ausbildungsplätze. Trotz allem steigt die Arbeitslosigkeit und ArbeitnehmerInnen werden zu Lohnabbau erpresst.

Wir müssen uns organisieren und die Proteste ausweiten. Wir brauchen starke linke Interessenvertretungen, die über die Probleme informieren, die der Kahlschlagspolitik entgegentreten und jedem ein Angebot machen, selbst aktiv zu werden. Wir wollen nicht zuschauen, wie unsere Zukunft kaputt gemacht wird. Daher müssen wir unsere Kraft bündeln und die Proteste von SchülerInnen, Studierenden und Auszubildenden zusammenbringen.

### Kämpf mit uns für:

- Den Aufbau von starken linken SchülerInnen-/ Studierenden- und Jugendvertretungen mit bundesweiter Vernetzung
- Den Aufbau von starken Gewerkschaftsjugenden
- Einen gemeinsamen Jugendstreiktag mit bundesweiter Demonstration von Azubis, SchülerInnen und Studierenden organisiert von Gewerkschaften, SchülerInnen- und Studierendenvertretungen

### Gemeinsam sind wir stark

Wenn eine kleine Minderheit ihre Macht über eine große Mehrheit verteidigen will, dann muß sie sich vielfältige Methoden ausdenken diese Mehrheit in kleine Gruppen einzuteilen und zu spalten. Sie wollen Gymnasiasten gegen Hauptschüler, Stu-

dierende gegen Azubis, jung gegen alt, Arbeitslose gegen Arbeitsplatzbesitzer und am liebsten auch Rothaarige gegen Schwarzhaarige ausspielen: "Wenn wir die Azubis übernehmen, dann müssen wir alte KollegInnen entlassen." "Wenn wir nicht bei der Bildung sparen, müssen wir im sozialen Bereich kürzen."

Doch wir sind gegen die gesamte Sparpolitik. Wir Jugendlichen werden die Angriffe auf unsere Zukunft nicht alleine zurückschlagen können. Wir müssen uns gemeinsam mit ArbeitnehmerInnen, Arbeitslosen und sozial Benachteiligten gegen die Angriffe der Unternehmer zur Wehr setzen.

Der DGB und die Einzelgewerkschaften hätten eigentlich die Kraft und die Stärke Millionen zu mobilisieren und die Angriffe erfolgreich zurückzuschlagen. Doch bisher haben sie zu wenig Widerstand gegen Sozialabbau, Lohndrückerei und andere Schweinereien organisiert. Daher müssen wir aus der Schule, der Uni und dem Betrieb heraus Druck aufbauen.

Ein bundesweiter Jugendstreiktag könnte der Anfang für eine breite Gegenwehr von ArbeitnehmerInnen, Arbeitslosen und sozial Benachteiligten sein – für eine machtvolle Gegenbewegung, die Unternehmern und Regierung entgegentritt. Denn soviel ist sicher: Einen Finger kann man brechen, fünf Finger sind eine Faust!

**Mach mit bei SAV**

Schickt mir weitere Informationen über Eure Arbeit und Politik

Ich will Mitglied der Sozialistischen Alternative VORAN (SAV) werden

Name, Adresse, Telefon \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

Ausschneiden und schicken an: Sozialistische Alternative VORAN, Hansaring 4, 50670 Köln

☎ 0221/13 45 04 Fax 0221/13 72 80

V.i.S.d.P.: A. Bankert, c/o VORAN



**Sozialistische Alternative VORAN**  
Anrufen, Informieren, Mitmachen!

Infos: Tel. 02 21 / 13 45 04, Fax 02 21 / 13 72 80

# HÄNDE WEG VON UNSERER ZUKUNFT!

## Bildung Ausbildung Arbeit für ALLE! 0,70 DM



**Zahlen, Fakten und Argumente für Gegenwehr.  
Ein Faltblatt der SAV**

Die Unternehmer und die Kohl-Regierung blasen zum Angriff auf unsere Zukunft. Und wir werden nicht gefragt, was wir davon halten! Dabei sieht die Situation im Bildungs- und Ausbildungsbereich schon jetzt schlecht genug aus. Wir wollen nicht zuschauen, wie unsere Zukunft kaputtgekürzt wird. Wir haben Zahlen, Fakten und Argumente gesammelt um dem entgegentreten.....



1994: Italienische SchülerInnen sagen es kurz: "WUT"



**Sozialistische Alternative VORAN**  
Anrufen, Informieren, Mitmachen!

Infos: Tel. 02 21 / 13 45 04, Fax 02 21 / 13 72 80

# HÄNDE WEG VON UNSERER ZUKUNFT!

# Schule

**Überfüllte Klassen, täglich fallen Stunden aus, Prüfungen sollen verschärft werden, veraltete Lehrinhalte und -methoden und baufällige Gebäude. Allein in NRW fehlen 36.000 LehrerInnen. Weitere Kürzungsprogramme sind geplant, weil angeblich kein Geld da ist.**

Um Geld locker zu machen sind neue Zauberworte in der Diskussion: Budgetierung, Privatisierung oder Sponsoring von Privatfirmen. In Modellversuchen wird die „autonome Schule“ getestet. Jede Schule bekommt ein eigenes Budget und soll damit wirtschaften. Es hört sich gut an, weil LehrerInnen und SchülerInnen mehr Mitspracherecht bekommen. Das Ende vom Lied ist aber, daß jede Schule selber entscheiden „darf“, wo sie zuerst einsparen will: bei den Putzfrauen, Renovierungen oder der Einstellung von neuen LehrerInnen. Der Staat ist damit aus der Verantwortung entlassen. Privatfirmen suchen sich ein paar lukrative Schulen aus, die sie fördern. Der Rest kann gucken, wo er bleibt.

## Kampf mit uns für:

- Sofortigen Stopp aller Kürzungen
- Massive Erhöhung der Bildungsausgaben
- Keine Budgetierung, Privatisierung oder Sponsoring von Schulen!



Das Recht auf Bildung ist von der Arbeiterbewegung erkämpft worden. Lernen sollte kein Privileg mehr für gutbetuchte Söhnchen und Töchterchen sein. Es hat immer wieder Kämpfe für Chancengleichheit und größtmögliche Förderung von allen Schülern gegeben. Dazu gehört auch die Schaffung von Wahlmöglichkeiten und das Kursystem, das LehrerInnen ermöglicht, auf die Schwächen von SchülerInnen besser einzugehen und Stärken auszubauen. Anfang der 70er wurde erreicht, daß das Gymnasium für Kinder aus Arbeiterhaushalten geöffnet wurde. Die Zahl der Frauen, die Abitur machen hat sich seitdem verdoppelt.

Konservative Politiker wollen diese Entwicklung wieder zurückdrängen. Sie sehnen sich nach alten Zeiten, wo Bildung Luxus war und nur für eine kleine Schicht zugänglich war. Dies können wir nicht zulassen. Ihr Ziel ist Elitebildung – unser Ziel ist Bildung für alle! Lernen und Aneignung von Wissen gehört zum Leben wie Essen und Trinken. Wir brauchen ein Bildungssystem, was die Fähigkeiten aller Menschen entwickelt und fördert.

## Kampf mit uns für:

- Senkung der Klassenstärken auf 15 SchülerInnen
- Uneingeschränkte Lehrmittelfreiheit in allen Bildungseinrichtungen
- Keine Trennung von Theorie und Praxis. Selbstbestimmtes Projektlernen.
- Lehrinhalte und -methoden unter Kontrolle von SchülerInnen, Eltern, LehrerInnen und Gewerkschaften.
- Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems und der Sonderschulen. Einführung der integrierten Gesamtschule als Regelschule mit Ganztagsangebot
- Aufhebung der Trennung von berufs- und allgemeinbildenden Schulen



ne für einige wenige Unternehmer, Verluste für den Staat (die Masse der Steuerzahler) und Verschlechterungen für die Beschäftigten und die Verbraucher.

5,9 Milliarden DM Gewinn hat die Telekom 1994 noch an die Staatskasse abgeführt. Dies wird demnächst an private Eigentümer abgeführt. Tausende Auszubildende werden und wurden nicht übernommen; 60.000 Arbeitsplätze sollen abgebaut werden; Die Telefongebühren für Ortsgespräche sollen mehr als verdoppelt werden.

„Die Telekom ist doch kein Sozialamt“, sagt Bötsch, Bundespostminister. Wir meinen, wir sind kein Sozialamt für Unternehmer. Gesellschaftlicher Reichtum wird seit Jahren konsequent in ihre Taschen umverteilt. Die Schere zwischen Arm und Reich wird immer größer.

## Für sie zählt nur der Profit

Wenn technische Möglichkeiten steigen, wird nicht die Arbeitszeit verkürzt, sondern rationalisiert und Arbeitsplätze vernichtet. Statt für die Menschen wird die Technik gegen uns benutzt. Statt weniger, sollen wir länger und mehr arbeiten, die Arbeitshetze ist gestiegen. Statt mehr Bildung, sollen Bildungsmöglichkeiten eingeschränkt werden. Die Schicht von hochqualifizierten Facharbeitern, die gebraucht werden, wird immer kleiner. Ein Heer von Ungelernten reicht den Kapitalisten aus. Alles darüber hinaus ist für sie Geldverschwendung.

## Für uns ist die Marktwirtschaft Geldverschwendung

Auch wenn alle Unternehmer gegen Umweltverschmutzung sind – wenn es billiger ist, versuchen sie ganze Regionen. Das Konkurrenz- und Profitsystem ist ein Teufelskreis. Es bedeutet Umweltverseuchung und Krieg. Es macht Menschen und Natur kaputt. Der Kapitalismus ist am Ende, er birgt für uns keine Zukunft mehr. Wir kämpfen für eine sozialistische Gesellschaft, mit weltweiter demokratischer Planung und sinnvollem Einsatz von Rohstoffen, Ressourcen und Arbeitskräften – eine Gesellschaft, in der die Fähigkeiten al-



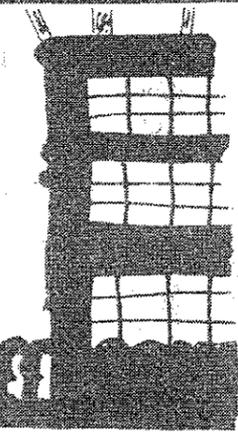
## Was will die SAV?

Bildung, Ausbildung und Arbeit für ALLE ist möglich, wenn die Wirtschaft und das Geld vom Staat nicht mehr für die Profiteure von Wenigen eingesetzt wird. Wenn die Mehrheit darüber entscheiden kann, wie Wirtschaft und Finanzen eingesetzt werden und sie nach den Interessen von Mensch und Natur geplant werden. Keine Partei organisiert heute Gegenwehr zu den Kürzungen. Die SAV hat es sich zum Ziel gesetzt Gegenwehr zu organisieren und jeden zu ermutigen selbst aktiv zu werden. Wir glauben, daß man etwas erreichen kann, wenn wir gemeinsam kämpfen. Und wir sind davon überzeugt, daß es sich lohnt, für ein anderes System zu kämpfen.

ler Menschen genutzt und entwickelt werden, in der für Mensch und Natur statt für den Profit weniger Unternehmer gewirtschaftet wird.

## Kampf mit uns für:

- Die Offenlegung der Geschäftsbücher von Banken und Unternehmen
- Den Stop von Privatisierung! Verstaatlichung aller Konzerne, Banken und Versicherungen unter demokratischer Arbeiterkontrolle und -verwaltung
- Eine demokratische Produktionsplanung, die von den gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht vom Profit bestimmt wird



# Geld ist genug da- es ist nur in den falschen Händen!

"Bildung ist wichtig, aber die staatlichen Kassen sind leer, wir können nichts machen", jammern Landespolitiker und Regierung. Wie wichtig Ihnen Bildung ist, zeigen folgende Zahlen: 1980 betrug die Bildungsausgaben noch 5,2% des Bruttosozialprodukts, 1992 nur noch 4,3%.

Es sind die gleichen Politiker, die in den letzten Jahren eine massive Umverteilung von unten nach oben durchgeführt haben. Steuer-, Gebühren- und Abgabenerhöhungen für die Masse der Leute, Subventionierung und Steuergeschenke für die oberen Zehntausend. Seit 1983 stiegen die Lohnsteuern von 129 Milliarden DM auf 284 Milliarden DM. Die Einkommenssteuer (von Selbstständigen, Freiberuflern und Unternehmern) halbierte sich im gleichen Zeitraum auf 14,6 Milliarden DM. Allein die simple Tabaksteuer bringt dem Staat mehr Geld ein, sie ergibt 20,6 Milliarden DM.

„Die Gewinne von heute sind die Investitionen von Morgen und die Arbeitsplätze von Übermorgen“. Dieser Traum ist leider nicht wahr. Von 1982 bis 1994 stiegen die Netto-Gewinne um 159% (die Nettolöhne nur um 51%). 1982 waren in Westdeutschland 1,8 Millionen arbeitslos, 1994 waren es offiziell 2,6 Millionen.

Auch wenn es nicht so aussieht, Unternehmer machen Gewinne. Sie haben sich 1994 um 150% erhöht. Mittlerweile haben sie 800 Milliarden DM als flüssige Mittel auf der hohen Kante, die nicht

wieder investiert werden. Dieses Geld ist von unseren Eltern erarbeitet worden. Dieses Geld wollen wir für unsere Zukunft und für sichere Arbeitsplätze für alle haben.

## Die "Erblast des Sozialismus"?

Die Wiedervereinigung und die „Erblast des Sozialismus“ sei Schuld an dem staatlichen Schuldenberg, behaupten Unternehmer und Regierung. Davon abgesehen, daß es sich in der DDR nicht um Sozialismus gehandelt hat, stimmt vor allen Dingen, daß sich Konzerne an der Wiedervereinigung eine goldene Nase verdient haben. Die Verluste sind wie immer auf die Massen der Normalverbraucher übertragen worden.

Zu Beginn ihrer Arbeit erklärte die Treuhand nach einer Bestandaufnahme ein Drittel der Industriebetriebe für marode, ein Drittel aber für konkurrenzfähig und ein Drittel für sanierungsfähig. Das Vermögen der Treuhandfirmen schätzte Rohwedder auf 600 Milliarden DM. Nach erfolgreicher Arbeit der Privatisierer und Auflösung der Treuhand Ende 1994 hinterläßt sie 230 Milliarden DM Schulden und hat 75% der Industriearbeitsplätze vernichtet. Wo ist dieses Geld geblieben?

Banken und Versicherungen gehören zu den größten Abzockern der Einheit. Ein Beispiel:

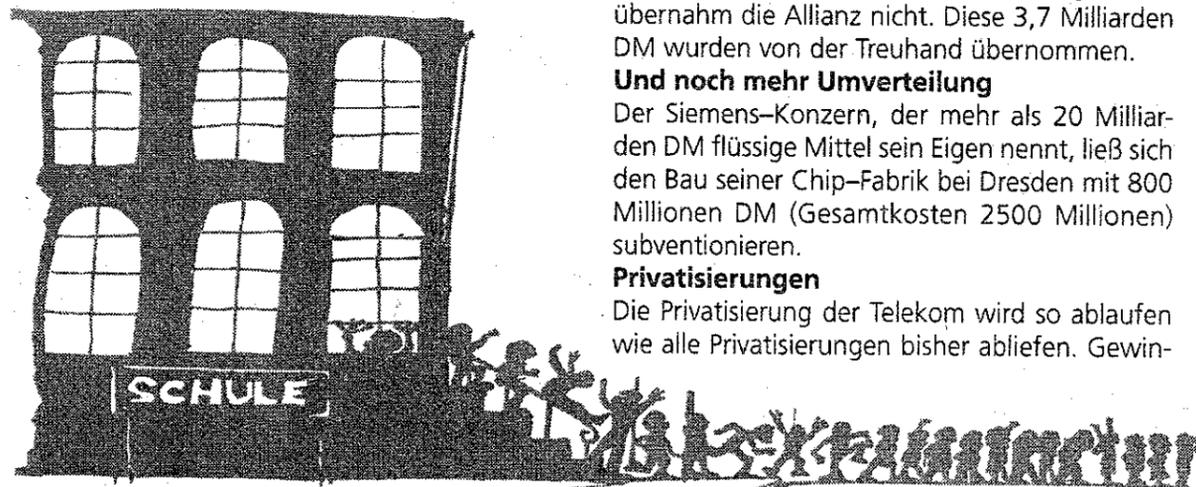
Die Allianz AG bekam die staatliche Versicherung der DDR für 711 Millionen DM nachgeworfen, die laufenden Versicherungsverträge wurden 1989 mit 7,5 Milliarden DM Beitragseinnahmen angegeben. Die Verwaltungs- und Abwicklungskosten übernahm die Allianz nicht. Diese 3,7 Milliarden DM wurden von der Treuhand übernommen.

## Und noch mehr Umverteilung

Der Siemens-Konzern, der mehr als 20 Milliarden DM flüssige Mittel sein Eigen nennt, ließ sich den Bau seiner Chip-Fabrik bei Dresden mit 800 Millionen DM (Gesamtkosten 2500 Millionen) subventionieren.

## Privatisierungen

Die Privatisierung der Telekom wird so ablaufen wie alle Privatisierungen bisher abliefen. Gewin-



## Bildungsabbau ist kein deutsches Phänomen

- In ganz Europa wird bei Jugendlichen und ArbeitnehmerInnen gekürzt.
- In ganz Europa gibt es aber auch Proteste. In den letzten 2 Jahren haben SchülerInnen, Azubis und Studierende in Frankreich, Türkei, Italien, Griechenland, Österreich, Schweden, Großbritannien und den Niederlanden gegeben.
- Frankreich 94: Die französische Regierung wollte im März 94 ein neues Gesetz durchbringen. Jugendliche Berufsanfänger sollten nur noch 80% des Mindestlohns bekommen (ca. 1200 DM).
- ArbeitnehmerInnen haben sich an Protesten dagegen beteiligt, da sie wußten: wenn Jugendliche unter Tarif eingestellt werden, werden bald die Löhne bei ihnen gekürzt. In wochenlangen Protesten gingen Hunderttausende auf die Straße, bis die Regierung nachgeben mußte und das Gesetz zurücknahm.

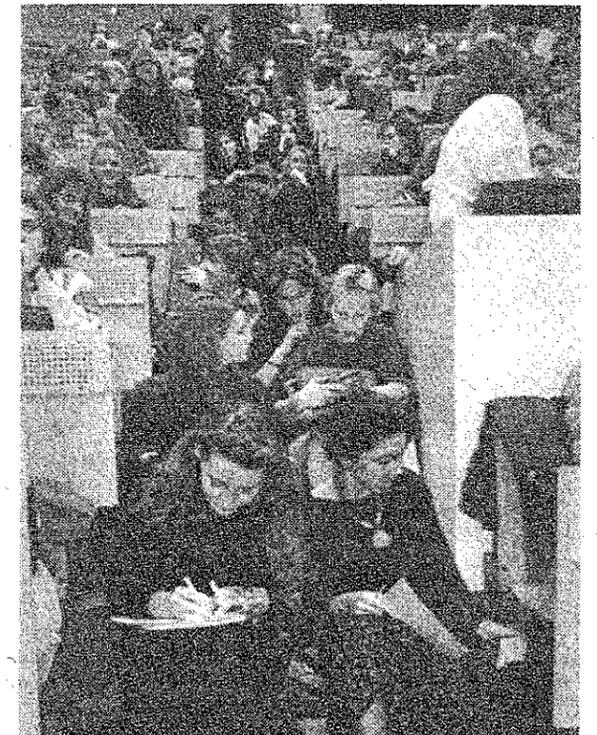
# Uni

**1,9 Millionen Studierende drängen sich auf 970.000 Studienplätzen, Hörsäle sind überfüllt, Praktikumsplätze und Lehrmittel fehlen, das Bafög soll auf verzinste Kredite umgestellt werden.**

Bisher hatte ein/e Student/in bei durchschnittlicher Bafög-Förderung ca. 20.000,- DM Schulden. Bei einer Verzinsung würden sich die Schulden auf 40.000,- DM verdoppeln. Natürlich würde dies viele abschrecken überhaupt ein Studium zu beginnen.

Schon jetzt sieht die staatliche Förderung von StudentInnen mehr als mager aus. Die Bafög-Sätze sind nie angeglichen worden. Bei der Einführung 1971 hatten 45% der StudentInnen Anspruch auf Bafög, heute nur noch 26,3% (im Westen weniger als 20%). Sie bekommen im Durchschnitt 592,- DM im Monat.

Zwei Drittel der StudentInnen jobben neben ihrer Ausbildung um sich diese selbst zu finanzieren. Studiengebühren von 1000,- DM pro Semester wurden in die Diskussion geworfen, um den Bildungshaushalt aufzufüllen. Aber auch alle anderen bisher vorgeschlagenen Finanzierungsmodelle bedeuten, daß Bildung wieder eine Frage des Portemonnaies wird. Die Hochschulen sollen auf unsere Kosten saniert werden. Für den Hochschulausbau sollen 1,6 Milliarden DM bis 1999 aus den Taschen der StudentInnen gespart werden. Warum geht man nicht an die Taschen der Reichen? 85 Milliardäre besitzen 249 Milliarden DM. Wenn man ihr Vermögen um nur 1% höher versteuern würde, hätte man 24,9 Milliar-



den DM. zur Verfügung.

Auch viele SchülerInnen gehen nebenbei arbeiten, um sich Geld für den Führerschein, den Urlaub oder den Diskobesuch zu verdienen. Daß es schwer ist, einen guten Abschluß zu schaffen, wenn man nebenbei noch arbeiten muß, bestreitet wohl keiner.

Das Schüler-Bafög wurde 1982 von der CDU-Regierung abgeschafft.

## Kampf mit für:

- Statt Studiengebühr oder Zins-Bafög, elternunabhängige Mindestgrundsicherung für alle SchülerInnen und StudentInnen von 1500,- DM ab 16 Jahre.

# HÄNDE WEG VON UNSERER ZUKUNFT!

„Wer ein Recht auf Berufsausbildung haben will, muß sich die Frage stellen, ob es auch eine Verpflichtung zur Übernahme eines Auszubildenden geben soll. Dies wäre die logische Konsequenz. Und dann sind wir sehr schnell beim Recht auf Arbeit. Es bleibt nur noch die Frage, ob wir auch ein Recht auf Faulenzen fordern wollen. Das alles ist nicht durchsetzbar.“ So der Wirtschafts"experte" Graf Lambsdorfs (FDP).

5 Millionen werden heute von der Marktwirtschaft zum „Faulenzen“ verdammt. Die fünf "Wirtschaftsweisen" sehen auch für 1996 trotz Aufschwung weiterhin 5 Millionen Menschen ohne Job. Wenn diese Menschen Arbeit hätten, könnten sie Waren und Dienstleistungen im Wert von 474,445 Mrld. DM produzieren. Zum Vergleich: 1994 betrug die Ausgaben aller Bundesländer zusammen 470 Mrld. DM.

## Ausbildung

In diesem Jahr fehlen 165.000 Lehrstellen, 1,6 Millionen Menschen zwischen 20 und 29 Jahren haben keine abgeschlossene Berufsausbildung, nach der Ausbildung wird jeder Dritte im Osten nicht mehr übernommen (jeder Fünfte im Westen). In einem der reichsten Länder der Welt wird Jugendarbeitslosigkeit wieder ein Thema.

Die Erfahrungen zeigen: Unternehmer denken nur kurzfristig und nur für die Interessen ihres eigenen Betriebes. Das Allgemeinwohl ist ihnen egal. In den letzten 10 Jahren ist die Ausbildungsquote in den Betrieben von 7% auf 3,5% gesunken. Heute bauen sie ab, morgen jammern sie über die fehlenden Fachkräfte. Auf ihre Planung können wir jedenfalls nicht bauen: 1994 versprochen sie für das nächste Jahr 100.000 neue Ausbildungsplätze zu schaffen. Stand 1995: es gibt 60.000 Plätze weniger.

Dabei sind hauptsächlich Ausbildungsplätze im öffentlichen Dienst und in Großbetrieben vernich-

tet worden. Kleinere Handwerksbetrieben haben ihr Lehrstellenangebot erhöht. Gerade dort wird Ausbildung aber oft mit "Ausbeutung und drei Jahre Billigarbeit" übersetzt. Eine fundierte Ausbildung mit Zukunftschancen können die wenigsten Handwerksbetriebe leisten.

Ein Drittel der Auszubildenden bricht die Lehre ab; viele schaffen die Prüfung nicht mehr beim ersten Mal. Dies hat mit der Situation im Lehrbetrieb oder in den Berufsschulen zu tun: überdurchschnittlich hoher Lehrermangel, 10% Unterrichtsausfall und miserable Ausstattung. Die jetzigen staatlichen überbetrieblichen Ausbildungswerkstätten sind ein Witz. Sie sind dazu da, um Jugendliche zu beschäftigen und aus der Arbeitslosenstatistik rauszuhalten.

Wir brauchen eine qualifizierte Allgemeinausbildung in großen, gut ausgerüsteten, auf den neuesten technischen Stand angepaßte, überbetrieblichen Lehrstätten.

### Kampf mit uns für:

- Einen guten qualifizierten Ausbildungsplatz für jeden mit garantierter, unbefristeter Übernahme
- Eine umfassende und nicht auf einzelne Betriebe angelegte, qualifizierte Berufsausbildung: Ausbildung unter demokratischer Kontrolle von Azubis, Gewerkschaften und Staat
- Finanzierung der gesamten Berufsausbildung durch die Unternehmer (sie sind schließlich die Nutznießer) durch eine Ausbildungsabgabe
- 30-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich, Verteilung der vorhandenen Arbeit auf alle

## LehrerInnen und Eltern sind auch betroffen

### LehrerInnen

Die Situation von Kindern und Jugendlichen hat sich in den letzten Jahren extrem verändert. 1,3 Millionen leben in Haushalten mit Einkommen unterhalb der Sozialhilfe. 3 Millionen Jugendliche leiden unter alkoholabhängigen Eltern. Jedes dritte Kind hat geschiedene Eltern. Soziale Probleme, Streß in der Familie, Unsicherheit wegen einem Ausbildungsplatz haben Auswirkungen auf das Lernverhalten. LehrerInnen sind in überfüllten Klassen überfordert. Sie sollen Probleme, die durch die Gesellschaft entstehen, in der Schule wieder auffangen. Viele, die mit Elan angefangen haben, schalten irgendwann ab und ziehen ihren „Job“ durch. Die, die versuchen auf die einzelnen Schüler einzugehen, gehen daran kaputt.

Zynisch wird LehrerInnen gesagt, sie sollten mehr Initiativen und Ideen entwickeln, um den Unterricht lebendiger zu machen. Ein Chemielehrer an einem Aachener Gymnasium hat durchschnittlich 1,30 DM für eine Schulstunde zur Verfügung, ein Hauptschullehrer in Hamburg 50 Pfennig. Das reicht noch nicht mal für eine Kopie pro Schüler, geschweige denn für anschaulicheres Material. Obwohl es massenhaft arbeitslose LehrerInnen gibt, von denen viele jetzt andere Jobs haben (Taxifahrer, Kellner usw.) werden kaum neue LehrerInnen eingestellt.

### Kampf mit uns für:

- Sofortige Einstellung aller arbeitslosen LehrerInnen
- Keine Verlängerung der Arbeitszeit sondern Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich
- Eine Bessere Ausbildung für LehrerInnen

### Eltern

Staatlicher Bildungsabbau bedeutet: Eltern zahlen doppelt. Die Steuerabgaben sind hoch genug. Zusätzlich zahlen sie Schulbücher, Kopiergeld, Klassenfahrten, in manchen Schulen wird für Renovierung gesammelt. Bei überfüllten Klassen wird für viele Nachhilfe notwendig, um den Stoff in Einzel- oder Gruppenunterricht nachzuholen. 30 Millionen DM wird jede Woche bundesweit von Eltern für Nachhilfe gezahlt.

### Kampf mit uns für:

- Uneingeschränkte Lehrmittelfreiheit

